

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 4. Dezember 2024

§ 310 **Jahresplanung 2025**

(Bericht Regierungsrat, 1.10.2024)

Departement Bildung und Kultur

Priska Müller Wahl, Niederurnen, erkundigt sich zu Massnahme 10.1 der Legislaturplanung 2023–2026. – In der Massnahme 10.1 geht es um die Erstellung einer Situationsanalyse zu den Bildungsmöglichkeiten und um das Aufzeigen allfälliger Massnahmen. Die Umsetzung ist für Sommer 2025 vorgesehen. Um was geht es genau und welche Massnahmen sind zu erwarten? Werden diese Massnahmen mit den Gemeinden koordiniert? Stehen diese auch im Zusammenhang mit der vorgesehenen Änderung des Bildungsgesetzes?

Landammann *Kaspar Becker* geht auf die Frage der Vorrednerin ein. – Für detaillierte Ausführungen ist auf die Legislaturplanung 2023–2026 zu verweisen. Diese wurde auf Antrag des Regierungsrates durch den Landrat verabschiedet. Hauptziel des Regierungsrates ist es, dass kein Kind durch die Maschen fällt. Bestehende Lücken sind zu schliessen. In den Jahren 2023 und 2024 wurde eine Situationsanalyse durchgeführt, um diese Lücken zu finden. Die Gemeinden waren stark involviert. In einem nächsten Schritt wird geprüft, wo es Schnittstellen und Verbesserungspotenzial gibt. Grundsätzlich fiel auf, dass es immer mehr Kinder gibt, die bereits beim Kindergarteneintritt gewisse Probleme aufweisen, namentlich in Bezug auf die Sprache, die Erziehung oder die Entwicklungsstufe generell. Der Regierungsrat will das mit einer gezielten Förderung verbessern. Aufgrund der bisherigen Erhebungen können in den nächsten zwei Jahren gemeinsam mit den Gemeinden hoffentlich Verbesserungen erreicht werden. Einen direkten Zusammenhang mit der Änderung des Bildungsgesetzes, die auf zwei vom Landrat überwiesene Postulate zurückgeht, gibt es nicht.

Departement Bau und Umwelt

Franz Landolt, Näfels, äussert sich zu den Massnahmen 8.5 sowie 12.1 der Legislaturplanung 2023–2026. – In Sachen Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Marschhalt vorgesehen. Die Klimastrategie und die Biodiversitätsstrategie stehen mit der Nachhaltigkeitsstrategie in einem Zusammenhang. Die Gesetzgebung zum Klimaschutz steht an. Deshalb wird der Regierungsrat eingeladen, auch mit der Nachhaltigkeitsstrategie vorwärtszumachen. Entsprechende Kredite sind im Budget 2025 und im Finanzplan für 2026 eingestellt. – Die Strategie zum Umgang mit dem Klimawandel soll in die Klimastrategie eingebaut werden. Gemäss Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Tätigkeitsbericht ist im vierten

Quartal 2024 die Vernehmlassung zum Klimagesetz vorgesehen. Im dritten Quartal 2025 soll die Vorlage zuhanden des Landrates verabschiedet und im Mai 2026 der Landsgemeinde vorgelegt werden. Voraussichtlich Ende 2024 soll mit der Klimastrategie begonnen werden. Ist dieser Zeitplan noch aktuell?

Regierungsrat *Thomas Tschudi* wirbt um Verständnis dafür, dass die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie aktuell nicht vorangetrieben wird. – Die Biodiversitätsstrategie wird demnächst im Regierungsrat traktandiert und noch im laufenden Jahr in die Vernehmlassung verabschiedet. Bezüglich Klimagesetz ergibt sich eine leichte Verzögerung; dieses wird Anfang 2025 in die Vernehmlassung verabschiedet. Das sollte jedoch keinen Einfluss auf die Beratung an der Landsgemeinde 2026 haben. Die Nachhaltigkeitsstrategie kann aufgrund der personellen Ressourcen und den Wechseln im Departement aktuell nicht vorangetrieben werden. Wenn wieder Luft ist, soll sie an die Hand genommen werden. Das ist einem überhasteten Vorgehen und einer Strategie, die nur gut aussieht, aber weder Hand noch Fuss hat, vorzuziehen. Es wäre erfreulich, wenn der Landrat Verständnis dafür aufbringen bzw. signalisieren könnte.

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Nils Birkeland, Ennenda, erkundigt sich, ob die MINT-Förderung bzw. die Durchführung von MINT-Kursen im 2025 und in den Folgejahren finanziell gesichert ist. – Das Departement Volkswirtschaft und Inneres meldet Zielerreichung, nachdem ein Viertel der Glarner Schulklassen einen MINT-Kurs besucht haben. MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. In der Schweizer Wirtschaft und auch im Glarnerland besteht nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Fachleuten in diesem Bereich. MINT-Kurse entspringen der Idee, junge Menschen an Technik-Themen heranzuführen, damit diese eine Faszination entwickeln können und sich vielleicht deshalb für eine Ausbildung in diesem Bereich entscheiden. Deshalb begrüsst die GLP-Fraktion, dass sich das Departement Volkswirtschaft und Inneres im 2025 im Rahmen der Massnahme 2.4 neue Ziele setzt und die Pilotphase 2 startet.

Regierungsrätin *Marianne Lienhard* geht auf die Frage des Vorredners ein. – Für 2025 ist vorgesehen, die MINT-Pilotphase 2 weiterzuentwickeln. In dieser Phase wird zu klären sein, wie eine nachhaltige Finanzierung sichergestellt werden kann. Aktuell fliessen im Sinne einer Anschubfinanzierung vor allem Gelder der öffentlichen Hand in dieses Projekt. Es war aber von Anfang an klar, dass Mittel aus der Privatwirtschaft erwartet werden. Die entsprechenden Verhandlungen laufen aktuell. Der Regierungsrat hofft auf die Unterstützung aus der Privatwirtschaft. Schliesslich werden die Jugendlichen bereits im Volksschulalter für die MINT-Berufe fit gemacht.

Departement Sicherheit und Justiz

Marius Grossenbacher, Ennenda, erkundigt sich, weshalb sich das Departement Sicherheit und Justiz nicht zum Gefängnis äussert. – Die dem Departement Bau und Umwelt zugeordnete Massnahme 13.1 sieht die Erstellung einer Landsgemeindevorlage für einen Projektierungskredit betreffend Neubau eines Kantonsgefängnisses vor. Die nächsten Schritte sollen in die Wege geleitet werden, sobald der Entscheid der Nutzer über die künftige Gefängnislösung vorliegt. Nutzer sind hier wohl nicht die Gefängnisinsassen, sondern ist das Departement Sicherheit und Justiz. Dieses äussert sich aber nicht zum Gefängnis.

Landesstatthalter *Andrea Bettiga* geht auf die Frage des Vorredners ein. – Es gibt eine Aufgabenteilung. Das Departement Sicherheit und Justiz ist nicht für die Bautätigkeit zuständig. Projektierungs- und Baukredit liegen in der Verantwortung des Departements Bau und Umwelt. Deshalb scheint das Projekt auch dort auf.

Darüber hinaus wird das Wort nicht mehr verlangt. Die Jahresplanung 2025 wird zur Kenntnis genommen.